Volksdorf-Groß-Hansdorf

Hamburg, 28. Oktober.

ao. Es besteht eine leise Hoffnung — schrecklich zu sagen, daß der Reichsverkehrsminister zu der Eröffnung einer größtenteils auf hamburgischem Gebiet verlaufenden Strecke erst seine Zustimmung geben muß —, daß am 1. November die Eröffnung der Zweigstrecke Volksdorf—Groß-Hansdorf der Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft stattfinden kann. Hoffen wir es! Wenn es aber nicht geschieht, so hat wenigstens am Freitag eine Besichtigungsfahrt, wenn auch bei recht miserablem Wetter stattgefunden und bewiesen, daß hier ein Gebiet aufgeschlossen wird, dessen Verkehr eine große Zukunft hat. Arme Lübeck-Büchener! Ihr erwächst hier eine Konkurrenz für den Vorortverkehr, die nicht zu verachten ist, denn die Hochbahn fährt erheblich billiger, und, wenn erst die Hamburger Bürgerschaft die paar Milliönchen für die Stromschienen des zweiten Geleises bewilligt hat, auch recht günstig. Aber schon jetzt wird ein starker Verkehr — namentlich Sonntags — einsetzen, und es ist sehr weise von der Hochbahn-A.-G. gehandelt, daß sie erst zum Winter mit dem Betrieb der Strecke beginnt, damit das Personal eingearbeitet ist, wenn die Hochkonjunktur des nächsten Sommers einsetzt.

Bis auf den Regen verlief alles programmäßig bei der Besichtigungsfahrt; die Bahnhöfe mit ihren luftigen Dimensionen und ihren opulenten, zum Teil, soweit sie noch in Friedenszeiten erbaut sind, sogar künstlerisch schönen Ausstattung — man denke, Kachelbelag, dorische Säulen aus Mauersteinen und Soldaten und Putten als Schmuck des Portals — machen einen vortrefflichen, hamburgisch-gelungenen Eindruck und fügen sich hübsch in das reizende, leider am Freitag durch Regenschauer etwas verdeckte Gelände. Ahrensburg mit seinem Hamburger Wald und Groß-Hansdorf sind vorläufig die altima Thule —, wo „nichts mehr ist", liegt Beimoor; dort sollte dereinst für Hamburg eine dritte Irrenanstalt erbaut werden —, möge das unnötig sein, und wenn die Strecke einst elektrisiert wird, ihr Ende ein fröhlicheres Ziel sein. Mit der Strecke Volksdorf—Groß-Hansdorf hat die Hochbahn ihre zwölfte Teilstrecke, wie Herr Direktor Mattusdorf mitteilte, vollendet; das Dutzend ist voll, aber ein Endziel ihrer Verkehrsstrecken ist sie noch lange nicht. Vivant Sequentes!

Ueber die neue Strecke teilen wir folgende technische Daten mit:

Nachdem vor etwa Jahresfrist (4. September 1920) die Walddörferbahn zwischen Barmbeck und Volksdorf dem öffentlichen Verkehr endgültig übergeben worden ist, wird nunmehr auch die in Volksdorf abzweigende Anschlußlinie nach Gr.-Hansdorf in Betrieb genommen. Der Betrieb wird in gleicher Weise wie bei der Walddörfer- und Langenhornerbahn durch die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft auf Rechnung des Hamburgischen Staates geführt; der Strom wird aus dem Unterwerk Volksdorf geliefert. Die Zweiglinie nach Gr.-Hansdorf war ebenso wie die anderen Außenstrecken der Hochbahn in ihrem Unterbau größtenteils schon vor dem Kriege fertig; bei Ausbruch des Krieges mußten die Bauarbeiten im wesentlichen eingestellt werden und konnten erst nach der Revolution weitergeführt werden. Auch jetzt sind sie noch nicht völlig beendet; so fehlen u. a. noch bei zwei Haltestellen, deren Eröffnung nicht so dringend ist, die Haltestellengebäude.

Für die vorläufige Elektrisierung der Strecke Volksdorf—Gr.-Hansdorf bewilligte die Hamburgische Bürgerschaft am 20. Dezember v. J. M. 5 400 000. Wie zwischen Barmbeck und Volksdorf wird auch auf diesem Teil der Betrieb einstweilen nur eingleisig aufgenommen; es ist in jeder Richtung stündlich eine Verbindung vorgesehen. Da ein großer Verkehr kaum zu erwarten ist, wird für gewöhnlich nur immer ein Wagen im Pendelverkehr laufen. Dazu sind zwei Hochbahntriebwagen in der Art der Straßenbahn-Motorwagen mit je einem Führerstande an beiden Enden eingerichtet worden. Wenn es sich als notwendig erweist, können selbstverständlich auch Züge aus mehreren Wagen im gleichen Fahrplan eingesetzt werden.

In der Richtung nach Hamburg werden die Fahrkarten im allgemeinen ähnlich wie bei der Straßenbahn in den Wagen verkauft; für den Fall starken Sonntagsverkehrs sind Vorkehrungen auf den Haltestellen getroffen, daß die Fahrkarten auch dort verkauft werden können. In der Richtung von Hamburg nach der neuen Strecke werden die Fahrkarten wie bisher an den Schaltern der Haltestellen verkauft.

Der Fahrplan, der noch veröffentlicht wird, ist so eingerichtet, daß in Volksdorf sowohl nach wie von Hamburg sofortiger Anschluß vorhanden ist. Die Fahrgäste brauchen den Bahnsteig beim Umsteigen nicht zu verlassen, da alle abgehenden und einlaufenden Züge von dem gleichen Bahnsteig aus abgefertigt werden. Die Fahrzeit auf der 10,4 Kilometer langen Zweigstrecke zwischen Volksdorf und Groß-Hansdorf beträgt 19 Minuten; dadurch wird es den Anwohnern ermöglicht, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Stadt zu erreichen. Für eine Fahrt von Groß-Hansdorf nach dem Rathausmarkt wird man für die 29,4 Kilometer lange Strecke im ganzen etwa 1 Stunde benötigen.

Die Zweigstrecke wird vorläufig nur bis zur Haltestelle Groß-Hansdorf eröffnet; für die darüber noch hinausliegende Endhaltestelle Beimoor liegt zurzeit noch kein dringendes Verkehrsbedürfnis vor. Auf der ganzen Länge der Strecke sind folgende 8 Haltestellen vorgesehen: Buchenkamp, Wulfsdorf, Ahrensburg, Hopfenbach, Schmalenbeck, Kiekut, Groß-Hansdorf, Beimoor. Es werden sofort dem Verkehr übergeben die Haltestellen: Ahrensburg, Schmalenbeck und Groß-Hansdorf; die Haltestellen Buchenkamp und Hopfenbach sind soweit fertiggestellt, bleiben aber vorläufig noch geschlossen, während Kiekut und Beimoor wegen der noch fehlenden Haltestellengebäude ausgeschaltet bleiben. In Wulfsdorf ist der Bahnsteig noch nicht hergestellt worden. Die Einrichtungen der Haltestellen sind ähnlich denen auf der Walddörfer- und Langenhornerbahn.

Die Groß-Hansdorfer Strecke ist wohl von allen Außenstrecken die landschaftlich reizvollste; abwechselnd führt sie durch herrliche Buchenwälder, an Wiesen und Moorgründen vorbei und vermittelt gleichzeitig ein eindrucksvolles Bild von der Eigenart der holsteinischen Landschaft, den von Knicks und Hecken umgrenzten fruchtbaren Ackerflächen. Im besonderen sei auf das lieblich gelegene Städtchen Ahrensburg und seine waldreiche Umgebung hingewiesen, die nunmehr in bequemer Weise von Hamburg aus zu erreichen ist. An bemerkenswerten Bauwerken ist die schienenfreie Kreuzung des einmündenden Gleises Buchenkamp-Volksdorf mit den Walddörfer-Gleisen sowie die kühn geschwungene Eisenbetonbrücke zu nennen, auf der die Hamburg-Oldesloer Chaussee zwischen Schmalenbeck und Hopfenbach den tiefen Bahneinschnitt übersetzt.

Mit Eröffnung der Groß-Hansdorfer Linie haben nunmehr alle Walddörfer den so langersehnten bequemen Bahnanschluß an Hamburg bekommen. Wenn es die Ungunst der Verhältnisse noch nicht zugelassen hat, das gesamte Schnellbahnnetz in dem ursprünglich geplanten Umfange dem Verkehr zu übergeben, so muß das mit in Kauf genommen werden. Immerhin ist es trotz aller Schwierigkeiten gelungen, von dem gesamten 65,2 Kilometer langen Netz 58,3 Kilometer dem Betrieb zu übergeben; damit kann sich Hamburg rühmen, die umfangreichste elektrische Schnellbahn in Deutschland zu besitzen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Hamburger Schnellbahnnetz das Berliner bei weitem an Länge übertrifft.

Tagesbericht.

Hamburg, 29. Oktober.

Die Notlage der Beamten und Staatsangestellten.

Entgegenkommen des Senats.

In Würdigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Beamten und Angestellten erklärt sich der Senat bereit, in der ersten Hälfte des Monats November an die Beamten und Angestellten unter Vorbehalt der Verrechnung auf die zu erwartende Neuregelung der Gehälter einen Betrag auszuzahlen, der im Rahmen der reichsseitig festzusetzenden Grenzen zur Behebung der Notlage der Beamten und Angestellten dienen soll.

*

Der Beamten- und Angestelltenausschuß des Statistischen Landesamts übersendet uns folgende Entschließung zur Veröffentlichung:

Die Beamten und Angestellten des Statistischen Landesamts und Wahlamts sind unter dem Druck der infolge der unerhörten Teuerung ins unerträgliche gestiegenen Not, Verschuldung und Verelendung äußerst erbittert über die Verständnislosigkeit und Verschleppungstaktik der Berliner Reichsregierung. Sie fordern daher unter Hinweis auf die von den Beamten und Angestellten der Polizeibehörde und Behörde für das Versicherungswesen angenommenen Entschließungen von den Organisationen die Anwendung der letzten zu Gebote stehenden Mittel, um eine sofortige wirksame Hilfe zu erzwingen und damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch der hamburgischen Beamten- und Angestelltenschaft abzuwenden.

Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburgs

legt Wert darauf, in aller Oeffentlichkeit folgende

Erklärung

abzugeben:

Auf Grund einer Sitzung der Gesamtbeamtenausschüsse der Polizeibehörde hat die Tagespresse sich veranlaßt gefühlt, zu erklären, daß bei der Polizeimannschaft die Gefahr eines Streiks besteht.

Tatsache ist:

1. daß nach der Erklärung von Teilnehmern an dieser Sitzung dort niemand an einen Streik gedacht hat und

2. daß der größte Teil der Polizeibeamtenschaft, etwa 4500, in dieser Sitzung überhaupt nicht vertreten war,

3. muß betont werden, daß der „Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburgs" nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß ein Streik für die eigentliche Polizeibeamtenschaft niemals in Frage kommen kann. Das ist auch bisher überall zum Ausdruck gebracht worden.

4. Es soll jedoch hiermit öffentlich erklärt werden, daß die Notlage gerade in der Polizeibeamtenschaft in Anbetracht des schweren und aufreibenden Dienstes besonders groß ist und Abhilfe von den Regierungsstellen unverzüglich erwartet wird.

Der schwere und mit Lebensgefahr verbundene Dienst der Polizeibeamtenschaft ist bis zum heutigen Tage leider nicht so gewertet worden, wie es unbedingt erforderlich wäre. Die Dienstfreudigkeit der Polizeibeamtenschaft wird aber nur gewährleistet, wenn der Beamte mit seiner Familie vor wirtschaftlicher Not geschützt ist.

Von der Polizeibeamtenschaft wird der Schutz der Allgemeinheit verlangt und dieser Grundsatz wird von ihr als der allein richtige und verfassungsmäßige anerkannt.

*

Zu der obigen Erklärung, die wegen ihrer richtigen Auffassung von der staatsrechtlichen Stellung des Polizeibeamten mit Genugtuung zu begrüßen ist, muß bemerkt werden, daß aus der Entschließung des „Gesamtbeamtenausschusses" der Polizeibehörde mit zwingender Notwendigkeit die Gefahr eines Polizeibeamtenstreiks abgeleitet werden mußte. Wurde doch z. B. in ihr vor einer Verkennung des Ernstes der Situation gewarnt, und von „brennendem Feuer" gesprochen. Die Presse mußte sich also, um die Worte der obigen Erklärung zu gebrauchen, „veranlaßt fühlen", von der Gefahr eines Streiks zu sprechen, zumal in zahlreichen ähnlichen Entschließungen anderer Beamtengruppen von der Anwendung der letzten Mittel die Rede war, was die gewerkschaftliche Umschreibung des Wortes Streik ist.

Das Rettungswesen in Hamburg

ist behördlich organisiert und der Polizeibehörde unterstellt.

An Hilfeleistungen in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September sind zu verzeichnen:

Im Not- und Unfallkrankenhaus (Hafenkrankenhaus) untergebracht 1572 Personen (darunter 274 Unfallverletzte), in der Verbandsstation dieses Krankenhauses ärztliche Hilfe geleistet und verbunden 1269 Personen, Notverbände in den als Unfallstationen dienenden Polizeiwachen angelegt bei 634 Personen, ärztliche Hilfe polizeilicherseits herbeigeschafft: am Tag vorwiegend bei Unfällen an öffentlichen Orten für 144 Personen, in der Nacht vorwiegend bei Erkrankungen in der Wohnung, weil auf anderem Wege kein Arzt zu erlangen war, für 148 Personen, transportiert mittels Krankenwagens der Polizeibehörde 6556 Personen, mittels Räderbahren der Polizeiwachen 219 Personen, mittels Barkassen und Krankenkörben 31 Personen, mittels Droschken 33 Personen, mittels Krankentransportbootes der Polizeibehörde 7 Personen.

Krankenwagen können zu jeder Zeit außer bei den Polizeiwachen auch durch Fernsprecher bei der Krankentransporthauptstelle, ABC-Straße 54, Hof, unter Elbe 3995—3997, und bei der Krankentransportnebenstelle, Zimmerstraße 31, unter Elbe 3358, bestellt werden. Transportausführungen werden in der Regel von der Beibringung einer ärztlichen Bescheinigung, die bei nicht ansteckenden Kranken auf weißem, bei ansteckenden Kranken auf rotem Vordruck auszustellen ist, abhängig gemacht; doch werden Verletzte und Verunglückte auch ohne eine derartige Bescheinigung in das nächstgelegene Krankenhaus befördert. Ansteckende Kranke werden unentgeltlich transportiert.

Oberversicherungsamt.

Nur ein während der Ausübung des Dienstes erlittener Unfall begründet einen Versorgungsanspruch.

Der Gefreite F. stürzte während seines Urlaubs und bei einer Beschäftigung als Maler aus dem zweiten Stock seiner Arbeitsstätte ab und zog sich einen Beckenbruch wie Radiusbruch der rechten Hand zu. Die Dienstbeschädigungsfrage wurde unter Hinweis auf den Eintritt des Unfalls während eines Erholungsurlaubs verneint. Kläger verweist dem gegenüber darauf, für den Sturz beim Malen sei ein Schwindelanfall verantwortlich zu machen, und dieser wieder sei die Folge eines im März 1918 erlittenen Kopfschusses. Tatsächlich ist Kläger dieser Verletzung wegen in Lazarettbehandlung gewesen; indes hat es sich nur um eine Verletzung der linken Ohrmuschel und eine Kopfwunde ohne Beteiligung der Knochen gehandelt. Nach Anhörung des zuständigen Stabsarztes hat das Versorgungsamt Kriegsdienstbeschädigung abgelehnt. Im Berufungsverfahren sind die den Unfall des Klägers betreffenden Akten der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft eingezogen; ferner eine den Grund der klägerischen Arbeitsbeurlaubung betreffende Auskunft vom zuständigen Truppenteil eingezogen.

Das Militärversorgungsgericht sah sich zur Anerkennung des klägerischen Anspruchs nicht in der Lage. Selbst wenn ein bislang noch gar nicht erwiesener Schwindelanfall die Ursache jenes Sturzes aus dem Fenster gewesen sein sollte, so kann dieser doch nicht mit der früheren Kopfverletzung in Zusammenhang gebracht werden. Es hat sich um eine leichte, ohne ernstere Folgen verheilte Kopfverletzung gehandelt. Ueber zurückgebliebene Beschwerden, besonders Schwindelanfälle, hat Kläger nach der Lazarettbehandlung nie geklagt. Die Behauptung des Klägers, der Unfall sei während einer Kommandierung zur Arbeit erfolgt, ist irrtümlich. Eine Kommandierung eines Kriegsbeschädigten zu einer als Arbeitstherapie und damit als Dienst geltenden Beschäftigung kam nicht in Frage; Kläger erhielt, wie sein Ausweis ergibt, keinen die Arbeit anweisenden Dienstbefehl, sondern die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit war seinem freien Willen überlassen. Demnach kann der Militärfiskus für die Folgen des während des Urlaubs erlittenen Unfalles nicht verantwortlich gemacht werden.

Das als Rekursinstanz angerufene Reichsversorgungsgericht hat nach Erhebung weiterer Beweise und Beiladung der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zum Verfahren das erstinstanzliche Urteil bestätigt. Zutreffend wurde vom Militärversorgungsgericht ein Zusammenhang des Sturzes aus dem Fenster mit der Kriegsdienstbeschädigung abgelehnt. Es habe sich aber auch nicht um einen Unfall während einer Dienstausübung gehandelt, das heißt einer militärischen Verrichtung, die auf einen besonderen, für den Einzelfall gegebenen Dienstbefehl oder einer allgemeinen Vorschrift der zuständigen Dienststelle beruht habe. Von einer Urlaubstätigkeit könnte nur unter besonderen Verhältnissen — Kommandierung zu Arbeitszwecken — gesprochen werden; ein solcher Fall würde dann vorgelegen haben, wenn der Kläger einer bestimmten Arbeitsstelle zur Verfügung gestellt worden wäre. Ein militärischer Ausweis mit einem derartigen Inhalt ist, wie dann in eingehender Begründung weiter dargelegt wird, dem Kläger höchstwahrscheinlich nicht ausgestellt. Aber selbst bei Unterstellung des Gegenteils stellte jener Ausweis keinen den Kläger zur Arbeit verpflichtenden Befehl dar; er war lediglich ohne daß ein zur unbedingten Befolgung verpflichtender Befehl vorlag, von der Kompagnie angewiesen, zur Förderung seiner Genesung und Arbeitsfähigkeit kriegswirtschaftliche Arbeit zu leisten; eine Arbeitsbehandlung in technischem Sinne — ärztliche Anordnung, ärztliche Aufsicht — kam überhaupt nicht in Frage. Es hat sich nach der ganzen Sachlage, wie dann weiter ausgeführt wird, nur um einen Rat, eine dringende Empfehlung gehandelt, den Erholungsurlaub zur körperlichen Ertüchtigung und zur Unterstützung der Volks- und Kriegswirtschaft auszunutzen. Diese Anweisung hat Kläger strenge genommen nicht einmal befolgt; bei der Arbeit des Fensterverkittens trat das eigenwirtschaftliche Interesse in den Vordergrund; eine kriegswirtschaftliche Arbeit lag nicht vor.

Dagegen bestehen die Voraussetzungen eines der Unfallversicherung unterliegenden Betriebsunfalles. Der Kläger hat für eine hiesige, der Zweiganstalt der beigeladenen Berufsgenossenschaft angeschlossene Berufsgenossenschaft gearbeitet und ist dabei verunglückt. Von dieser ist er für die tatsächlichen Folgen seiner Erwerbsbeeinträchtigung zu entschädigen.

Oberschlesien und die politische Lage.

Ueber Oberschlesien und die politische Lage sprach Senator Dr. Stubmann am Freitag abend im Eilbecker Gesellschaftshaus in einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei. Blinckmann (M. d. B.) eröffnete die gutbesuchte Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Oberschlesienfrage keine Parteifrage, sondern eine deutsche Frage sei.

Senator Dr. Stubmann führte aus: Die ungünstige geographische Lage Deutschlands hätte uns vor Ueberschätzung und Selbsttäuschung bewahren müssen. Während des Krieges haben wir uns auf dem Gipfel der Selbsttäuschung befunden, was schließlich zu einer Katastrophe führen mußte. Der Versailler Vertrag beruht auf der Täuschung oder Unwahrheit, daß Frankreich den Krieg gewonnen habe. Nicht Frankreich, sondern Amerika hat den Krieg gewonnen. Der Krieg geht weiter, nur mit anderen Mitteln. Das finden wir auch in der Lösung der oberschlesischen Frage durch Männer, die gar nicht dazu berufen sein konnten, diese Frage zu lösen. Das Gutachten von Genf ist die Entscheidung von Paris. Diese Lösung ist keine Lösung. Dem Abstimmungsergebnis in Oberschlesien ist schreiende Gewalt angetan. Es ist ein Zankapfel geschaffen, wie in Elsaß-Lothringen, so jetzt auch an unserer Ostgrenze. In der letzten Zeit ist eine kapitalistische Durchdringung Oberschlesiens mit englischem Gelde unverkennbar. England beabsichtigt, ganz Polen mit Kanälen zu durchziehen. Das bedeutet eine wirtschaftliche Abschnürung Deutschlands. Eine französisch-englische Rivalität in dieser Beziehung ist unverkennbar. Die Teilung Oberschlesiens ist so raffiniert gemacht, daß drei Viertel der wirtschaftlich-industriellen Unternehmungen an Polen fallen. Die moralischen Wirkungen dieses Schicksalsschlages sind gar nicht abzusehen. Als einziger Lichtpunkt ist es anzusehen, daß das gesamte Deutschtum im abgetretenen Gebiet einmütig zusammensteht. Die Genfer Entscheidung darf im gesamten deutschen Volk nie und nimmer anerkannt werden, wenn wir uns heute auch der Gewalt fügen müssen.

Was sollte nun diesem Machtspruch gegenüber die deutsche Regierung sagen? Es wäre richtig gewesen, daß Reichskanzler Dr. Wirth zurückgetreten wäre unter der Erklärung, daß er einen solchen Beschluß nicht gutheißen könne. Dr. Wirth ist ein großer Politiker. Die Stellung der deutschen Regierung ist nicht gestärkt, sondern geschwächt. Unsere innere Politik wird leider immer zu sehr beeinflußt von der äußeren Politik.

Der Vortragende verbreitete sich dann über die neue Koalitionsbildung unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Parteien, die Teurungswelle der letzten Tage, die Valutafrage mit ihren kaum einzudämmenden Ausschreitungen, die deutsche Schiffahrt und Industrie, die Schutzzollpolitik, die Reparationen, die Zerklüftung im deutschen Volk usw., und fährt dann fort: Der Frieden von Versailles muß endlich revidiert werden. Die innere Einheit des deutschen Volkes auf demokratischer Grundlage wird dahin führen, daß äußerliche Proteste aufhören, die letzten Endes doch wirkungslos verpuffen. Wir brauchen den innerlichen Protest. Ohne demokratische Grundlage ist aber eine Erstarkung des deutschen Volkes nicht möglich. Eine Regierung auf breitester demokratischer Grundlage wird letzten Endes eine glückliche Lösung der Oberschlesienfrage und der Westfrage finden in tiefem nationalem Bewußtsein.

Der Versammlungsleiter sprach Dr. Stubbmann den Dank der Versammlung aus. Nach einer kurzen Aussprache wurde die Versammlung geschlossen.

Um Elsaß-Lothringen.

Ueber die Elsaß-Lothringische Frage sprach am Freitag abend auf Veranlassung des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reiche, Ortsgruppe Hamburg, Altona und Umgegend, in der Universität Professor Fr. Gerland aus Jena. Der Redner betonte einleitend, daß die Elsaß-Lothringische Frage weder durch den Versailler Vertrag noch durch Genfer Beschlüsse gelöst ist, daß die historische Vergangenheit dieses Landes immer in die Gegenwart hineinragen wird. In seinen weiteren Ausführungen geißelte er die verhängnisvolle deutsche Politik im Reichsland vor dem Kriege und die mißtrauische Stellungnahme während der Kriegsjahre durch die Militärverwaltung. Was auch immer in Elsaß-Lothringen vorgefallen sein mag, so sollen wir doch diesem Lande die Treue halten, die wir auch Oberschlesien bewahren. Schon seit Karl dem Kahlen ist dieses Land der Zankapfel der beiden großen Reiche gewesen. Jetzt versuchen die Franzosen einmal wieder die deutsche Kultur und Sprache auszurotten. Elsässische Kultur ist aber echt deutsch und muß echt deutsch bleiben. Der Kampf, der sich dort jetzt entwickelt hat, verdient unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Der Friedensvertrag gibt uns die Möglichkeit, fünf Jahre freien Handel mit Elsaß-Lothringen zu treiben. Diese Möglichkeit sollten wir ausgiebig benutzen, den gesamten Handel dieses Landes nach dem Osten zu leiten. Von besonderer Bedeutung ist auch die Schuldfrage, die jetzt auch in Elsaß-Lothringen auf Deutschland gewälzt wird. Es muß unsere Aufgabe sein, immer und immer wieder zu beweisen, daß Deutschland nicht diesen furchtbaren Krieg gewollt hat. Noch niemals hat Deutschland Frankreich angegriffen, sondern immer Frankreich Deutschland. Frankreichs Politik geht auf die Zersplitterung Deutschlands und deshalb ist schon aus diesem Grunde die Elsaß-Lothringische Frage von Bedeutung und eine Frage der Weltpolitik. Die Elsaß-Lothringische Frage ist nur zu lösen, wenn wir uns auf ein bestimmtes Ziel konzentrieren, alle Parteizwistigkeiten begraben und in dieser Frage einig und geschlossen handeln. Es ist die höchste Zeit, daß wir aus der platten Geschwätzigkeit herauskommen, die uns zum Untergang führt, und statt dessen uns auf eine klare, zielbewußte Politik einstellen, die Frankreich seit 1870 betrieben hat. Mit nie erlahmender Hartnäckigkeit hat Frankreich dies eine Ziel, die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, verfolgt, weil es sich dessen bewußt war, daß dieses Land das Eingangstor zum Rhein ist. Frankreich will auch gar nicht unsere Milliarden, sondern wartet nun auf den Augenblick, wo wir nicht zahlen können, um das Rheingebiet zu annektieren. In der ungeheuren Not der Gegenwart erwartet der Vortragende den Augenblick, wo sich alle Deutschen wieder zusammenfinden werden, um als gemeinsame Deutsche zu fühlen und zu denken. Was Bismarck einst dem Deutschen Reich gegeben, müssen wir noch einmal wieder leisten, denn solange Elsaß-Lothringen französisch ist, wird Deutschland immer das von Frankreich bedrohte, drangsalierte und niedrig gehaltene Deutschland sein.

Der Vortragende erntete überaus stürmischen Beifall.

Förderung des Kartoffelversands.

□ Berlin, 28. Oktober. (Drahtbericht unseres Büros.) Gegenüber den Angriffen auf die Eisenbahnverwaltung wegen mangelhafter Gestellung von Wagen für Lebensmittel, besonders Kartoffeltransporte, hören wir von zuständiger Stelle, daß die Eisenbahnverwaltung in den letzten Monaten die Getreide- und Futtermitteltransporte, die Düngemitteltransporte und zuletzt den Kartoffeltransport mit allen Mitteln gefördert habe. Tatsächlich ist denn auch der Getreide- und Futtermitteltransport im August, September und Oktober ganz gewaltig gestiegen gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres, und zwar um 46,76 und 195 Prozent. Diese Förderung des Getreidetransportes hat auf Drängen des Ernährungsministeriums stattgefunden. Eine ähnliche Steigerung, nämlich um 28, 48 und 121 Prozent im August, September und Oktober, hat bei den Düngemitteln stattgefunden. Das hat auf der anderen Seite dazu geführt, daß allerdings in der Kartoffelversorgung ein Rückgang im August und September von etwa 14 Prozent eingetreten ist. Daneben ist aber eine gewaltige Steigerung des Stückgutversandes hergegangen, an dem der Versand von Kartoffeln den Hauptanteil hatte. So sind allein in einer der letzten Wochen 96 000 Zentner Kartoffeln als Stückgut versandt worden. Um den Kartoffelversand in den letzten Wochen zu heben, sind vom Verkehrsministerium alle irgendwie geeignet erscheinenden Maßnahmen getroffen worden, was zu einer schlechteren Versorgung anderer Artikel führte. So ist in dieser Woche an je zwei Tagen der Stückgutverkehr gesperrt

Nietzsche und Strindberg.

Georg Brandes, der ebenso oft über- wie unterschätzte dänische Literaturhistoriker, der das unsterbliche Verdienst hat, sich zuerst mit Nietzsche und seinen Ideen in der Oeffentlichkeit beschäftigt zu haben, ist es gewesen, der Nietzsche am 3. April 1880 schrieb: „Wenn Sie schwedisch lesen, mache ich Sie auf das einzige Genie Schwedens, August Strindberg, aufmerksam." Aus seiner grauenhaften Turiner Einsamkeit heraus hatte Nietzsche das Bedürfnis, sich mit diesem Manne, der ihm nicht nur ähnlich war, wenn er „über Frauen schrieb" (wie Brandes meint), auseinanderzusetzen. Den Briefwechsel zwischen diesen beiden bedeutendsten geistigen Ringern des 19. Jahrhunderts hat uns vor kurzem Karl Strecker in einem ausgezeichneten, sehr selbständig kommentierten Büchlein vorgelegt, das bei Georg Müller in München erschienen ist und die große, bereits bekannte Korrespondenz Nietzsches wirkungsvoll ergänzt.

Ende November 1888 schreibt Nietzsche an Strindberg: „Zum Glück habe ich, mit 24 Jahren als Universitätsprofessor nach Basel berufen, es nicht nötig gehabt, fortwährend Krieg zu führen und mich in bloßen Reaktionen zu verschwenden. In Basel fand ich den verehrungswürdigen Jakob Burckhardt, der mir von Anfang an tief geneigt war — ich hatte mit Richard Wagner und Frau, die damals in Triebschen bei Luzern lebten, eine Intimität, wie ich sie mir wertvoller nicht denken konnte. Im Grunde bin ich vielleicht ein alter Musikant. Später hat mich Krankheit aus diesen letzten Beziehungen herausgelöst und mich in einen Zustand tiefster Selbstbesinnung gebracht, wie er vielleicht kaum je erreicht worden ist. Und da in meiner Natur selbst nichts Krankhaftes und Willkürliches ist, so habe ich diese Einsamkeit kaum als Druck, sondern als eine unschätzbare Auszeichnung, gleichsam als Reinlichkeit empfunden. Auch hat sich noch niemand bei mir über düstere Mienen beklagt, ich selbst nicht einmal: ich habe vielleicht schlimmere und fragwürdigere Welten des Gedankens kennen gelernt, als irgendjemand, aber nur, weil es in meiner Natur liegt, das Abseits zu lieben. Ich rechne die Heiterkeit zu den Beweisen meiner Philosophie."

Strindberg antwortet mit einer begeisterten Würdigung des „Zarathustra". „Ich schließe alle meine Briefe an meine Freunde: Lest Nietzsche! Das ist mein Carthago est delenda!" schreibt er. „Jedenfalls wird Ihre Größe von dem Augenblick an, da Sie bekannt und verstanden werden, auch schon erniedrigt, und der süße Pöbel fängt an, Sie zu duzen, wie einen der Seinen. Es ist besser, daß Sie die vornehme Zurückgezogenheit bewahren und uns andere, 10 000 Höhere, eine geheime Pilgerfahrt nach Ihrem Heiligtum machen lassen, um dort nach Herzenslust zu schöpfen."

„Den ersten Brief mit einem welthistorischen Akzent" nannte Nietzsche dies Schreiben Strindbergs; er antwortet ihm voll Anerkennung für Strindbergs „Vater", den er im „Théâtre libre" Antoines in Paris aufgeführt sehen möchte. Er hofft, in Frankreich gelesen zu werden, und Strindberg soll ihm dazu helfen, indem er seine Werke übersetzt.

Am 7. Dezember 1888 kündigt er ihm seinen „Ecce homo" an: „Jetzt aber fünf Worte unter uns, sehr unter uns! Als gestern mich Ihr Brief erreichte — der erste Brief in meinem Leben, der mich erreicht hat — war ich gerade mit der letzten Manuskript-Revision von „Ecce homo" fertig geworden. Da es in meinem Leben keinen Zufall mehr gibt, so sind Sie folglich auch kein Zufall. Warum schreiben Sie Briefe, die in einem solchen Augenblick eintreffen! „Ecce homo" soll in der Tat deutsch, französisch und englisch zugleich erscheinen. Ich habe gestern das Manuskript noch an meinen Drucker geschickt; so bald ein Bogen fertig ist, muß er in die Hände der Herren Uebersetzer. Wer sind diese Uebersetzer? Aufrichtig, ich wußte nicht, daß Sie selber für das ausgezeichnete Französisch Ihres „Père" verantwortlich sind; ich glaube an eine meisterhafte Uebersetzung. Für den Fall, daß Sie selbst die französische Uebersetzung in die Hand nehmen wollten, wüßte ich mich nicht glücklich genug zu schätzen über dies Wunder eines sinnreichen Zufalls. Denn, unter uns, meinen „Ecce homo" zu übersetzen, bedarf es eines Dichters ersten Ranges; es ist im Ausdruck, im Raffinement des Gefühls tausend Meilen jenseits aller bloßen „Uebersetzer".

Strindberg ist nicht abgeneigt, aber er muß, wie er selbst an Strecker schrieb, die ewige ungemütliche Geldfrage berühren. „Sie werden verstehen," antwortete er Nietzsche, „daß die Uebersetzung Ihres Werkes eine große Geldfrage ist, und da ich ein armer Teufel bin — Frau, drei Kinder, zwei Dienstboten, Schulden usw. —, so könnte ich Ihnen keinen Rabatt gewähren, um so weniger, da ich gezwungen sein würde, als Dichter und nicht nur als Handlanger zu arbeiten. Wenn Sie nicht vor den beträchtlichen Kosten zurückschrecken, so dürfen Sie auf mich und mein Talent rechnen.' Zu einer Zusammenarbeit kam es aber nicht. Schon im letzten Briefe Nietzsches war ein seltsames „Flackern des Geistes" zu erkennen; in dem folgenden bricht der Wahnsinn aus. Es ist einer jener „Erlasse", die damals „Nietzsche Cäsar" an seine Freunde schrieb. „Ich habe einen Fürstentag nach Rom zusammenbefohlen, ich will den jungen Kaiser füsilieren lassen," heißt es da. „Auf Wiedersehen! Denn wir werden uns wiedersehen. Une seule condition Divorçons . . ." Strindberg erhielt dann noch eine Zeile mit den Worten: „Herrn Strindberg! Eheu? . . . nicht mehr Divorçons? . . . Der Gekreuzigte." So war das Ende dieses Briefwechsels.

Am Hoftor.

Von Hans Fr. Blunck.

Frau Mette hörte von ferne ein paar jubelnde Kinderrufe in die Tür klingen. Es bedeutete, daß der Frühlingsregen aufgehört hatte, daß unten im Dorf wieder die Kinder über den Markt liefen. Sie schritt langsam über die Diele und trat ins Hoftor. Wenn sie Kinderstimmen hörte, mußte sie oft eine Weile aufhorchen, ihr Entbehren trieb sie dazu, die Einsamkeit auf dem Hof. Wenn ihr Mann nahe war, gab sie sich gleichgültig, er war hart gegen ihr Wünschen. Heut, da sie allein war, ging sie sich satt zu horchen an den hohen, klingenden Schreien, die hell zwischen der halblauten Marktmusik aufschnellten.

Der Regen tropfte hoch von den Blättern, gurgelte mit leisem Geräusch in die Tonnen. Der Himmel war halb offen gezogen. Die Erde roch stark, ein treibender Duft strömte aus dem Boden.

Drüben an der Landstraße stand ein Fremder am Hecktor und blickte ins Dorf hinab. Frau Mette hatte ihn nicht gesehen, er fiel jäh in ihr Gesichtsfeld, als sie sich den Kinderstimmen zuwandte. Sie erschrak, mitten aus ihrem Gedanken heraus, prüfte sein Antlitz, das ein aufhellendes Regenlicht überzog und wunderte sich über seine eigenwillige Verklärung. Ein junger Handwerksbursche schien's, mit kurzem gelben Bart, aber seine Züge strömten im Sonnenfeld eine verhaltene Kraft aus, so stark, daß es Frau Mette war, als spräche er zu ihr herüber, ohne die Lippen zu bewegen und ohne die Augen zu ihr zu wenden. Wie ein Hellsichtiger, dachte sie und wagte sich nicht zu rühren.

Fern klangen die Kinderstimmen jubelnder. Das Weib hörte sie und ihr Herz bewegte sich leise dazu. Von den Wolkenrändern fiel das gelbe Licht stärker, klärte den Weg und fiel dem Fremden vom Gesicht über die gefalteten Hände. Aber seine Augen blieben unverwandt in die Ferne gerichtet, wo aus Dorf und Regenrauch das Land zur Sonne auffunkelte.

Ein Wagen knarrte unten auf der Straße vorbei. Frau Mette erschrak etwas. Es war seltsam, so einsam mit dem Fremden zu sein. Nur vom Dorf die Kinder riefen lauter, wie Sonnenlicht fielen die kleinen Schreie über die Felder, rührten den Fremden und sie. Eine Sehnsucht, ein Widerhall in ihrem Innern, mütterlich, unbegreiflich aus Tag und Luft, lockte. Der Duft des keimenden Landes ließ das Herz schlagen, ließ das Weib die Hand heben, gegen einen aufsteigenden, wühlenden Gedanken.

Frau Mette fühlte jäh, wie ihr Blut in die Wangen trieb. Sie suchte eine Zügellosigkeit einzufangen, aber es blieb ein Erschrecken in ihr, fast war es stärker als sie. Fruchtbarkeit durchtränkte alles Lebendige. Die Schreie der Kinder hallten heller in ihrem Herzen wider, kreisten erregt im Blut. Ihre Lippen bewegten sich und erschlafften wieder. Wie kam der Fremde drüben auf ihren Hof, wer sandte ihn? Was kam über sie, nach ihm auszuschauen? Woher kam die Angst, die ihre Glieder bannte und zur Flucht trieb? Wenn er sich wendete, durchfuhr es sie, ihr Gewalt anzutun? Oder wenn er sie, die Einsame, um Quartier bat, um in ihr Haus zu dringen? Woher kam er? Was wirbelte in ihr? War jener da Mensch, war er Traum, war er Gewalt, war er Fruchtbarkeit wie die Erde ringsum?

Ein paar Kinderstimmen klangen jubelnd herüber, Sonne beseligte die Erde, taumelte zum Kranz um des Fremden Haupt. Alles bebte und zitterte unter ihrer Wiederkehr. Des Weibes Brust hob sich atmend, ihre Lippen öffneten sich, ein leiser Ruf, wie ein Kinderschrei, entrang sich.

Der Fremde wandte sich überrascht. Sein Nacken bückte sich, als er die Bäuerin sah, bettelnd, wie es seine Gewohnheit war. Einen Augenblick spannte sich Frau Mettes Hand an den Pfosten, ihr Atem hielt an. Dann sah sie über sein gebücktes Haupt, fühlte, wie sich ihre Hand hob und hart, abweisend die Straße entlang wies.